



**Für unsere Heimat.
Für unsere Familien.**
Kommunalwahlprogramm 2020
der AfD Nordrhein-Westfalen



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen stehen im Zeichen einer tiefgreifenden Krise.

Die Corona-Pandemie hat uns in kürzester Zeit eine erschreckende Anfälligkeit unserer Gemeinwesen vor Augen geführt. Trotz seit Jahren vorliegenden Risikoanalysen traf sie die Entscheidungsträger in Politik und Gesundheitswesen weitgehend unvorbereitet. Die meisten von ihnen flüchteten vor ihrer Verantwortung und machten lieber alles dicht, statt die Mühen einer risikodifferenzierten Schutzstrategie auf sich zu nehmen. Das Ergebnis ist eine gesamtgesellschaftliche Depression, die alpträumerhafte Züge trägt.

Corona hat auch gezeigt, zu welch schwerwiegenden Eingriffen die Regierungen sich legitimiert fühlen, wenn die Gefahr nur groß genug erscheint. Die Klima-Apokalyptiker jedenfalls werden die Akzeptanz großer Teile der Bevölkerung – selbst von Einschränkungen der Grundrechte – mit Interesse zur Kenntnis genommen haben.

Die politische Aufarbeitung der Ereignisse steht freilich noch bevor. Die AfD hat dabei ihrerseits registriert, dass die Nationalstaaten nach wie vor die größte funktionierende politische Einheit sind, und dass sich Grenzen sehr wohl schließen lassen – wenn man es will!

Die Aufarbeitung beginnt aber in den Kommunen. Sie haben schwere Einbrüche bei den Einnahmen, insbesondere aus der Gewerbesteuer, zu verkraften. Sie sollten sich zugleich aber schützend vor die Unternehmen stellen. Manches schöne Projekt wird zugunsten strukturerhaltender Maßnahmen auf später verschoben werden müssen.

Corona darf aber nicht dazu verleiten, die vielen anderen Probleme aus dem Blick zu verlieren, die uns bedrängen.

Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik haben so große Teile der einheimischen Bevölkerung ihre Heimat als so unsicher empfunden, wie heute.

Unser Land erscheint wie ein entgrenztes Territorium, auf dem sich umtun kann, wer will – und oftmals, wie er will. Viele Deutsche empfinden sich daher heute als Fremde im eigenen Land.

Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen. Es gibt ein Recht auf Selbstbehauptung!

Bei der Kommunalwahl 2020 wird die AfD erstmals in viele Kreistage und Stadträte Nordrhein-Westfalens einziehen. Sie wird dort, wie sie es im Bundestag und in den Landesparlamenten bereits mit Erfolg tut, ihre Stimme erheben, die Probleme beim Namen nennen und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Städte und Gemeinden die Keimzellen des Staates. Es ist unendlich wichtig, dass das Leben in ihnen wieder von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist! Angst und Unterwerfung hingegen sind schlechte Ratgeber. Die verantwortungsbewussten Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger der AfD beweisen tagtäglich, dass sie keine Angst haben und sich nicht unterwerfen. Allen Anfeindungen und Bedrohungen zum Trotz treten sie selbstbewusst, selbstkritisch und klar in der Sache für ein starkes und partner-schaftsfähiges Deutschland ein.

Aus den Grundsatzpositionen der AfD leitet sich auch das kommunalpolitische Programm unserer Partei ab, dessen allgemeines Profil Sie auf den folgenden Seiten finden.

Überzeugen Sie sich selbst! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen, sprechen Sie mit uns und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit. Die AfD nimmt die Bürger ernst und gibt ihnen eine Stimme.

Ihr Rüdiger Lucassen
Sprecher

Alternative für Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen



Wofür steht die AfD?

Grundsätzlich unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien in den folgenden Punkten:

Realpolitik statt Ideologie und Wunschdenken: Nicht das gewünschte oder erhoffte Verhalten, sondern das tatsächlich zu erwartende Verhalten der Menschen muss die Grundlage der politischen Entscheidungen bilden.

Anerkennung des Nationalstaats statt postnationaler Grenzenlosigkeit: Die Nationalstaaten sind nach wie vor wichtige moralische Größen. Sie bilden Solidargemeinschaften und erlauben die emotionale Zugehörigkeit zu einer Großgruppe. Es sind gerade die Errungenschaften der Nationalstaaten, die Menschen aus aller Welt nach Deutschland und Europa ziehen!

Weniger EU statt mehr EU: Die demokratiefernen Brüsseler Institutionen sind das unerkannte Machtzentrum des politischen Geschehens bei uns. Wir fordern einen Rück- und Umbau der Union durch Neuverhandlung der europäischen Verträge.

Direkte Demokratie: Unser Grundgesetz sieht Volksabstimmungen vor. Die etablierten Parteien jedoch fürchten Volksabstimmungen wie der Teufel das Weihwasser. Die AfD hat keine Angst vor der Meinung des Volkes und fordert Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.

Einsatz für eine echte Familienpolitik: Das größte sozialpolitische Problem Deutschlands ist der demografische Wandel. Die etablierten Parteien haben trotz aller Warnungen bei seiner Abwehr vollständig versagt. Die AfD hingegen stellt sozialpolitisch die Familien ins Zentrum und hat ein umfassendes Programm zur ihrer Stärkung und zur Erreichung höherer Geburtenzahlen erarbeitet.

„JA“ zu Menschenwürde und Freiheit – „NEIN“ zu jedem Totalitarismus: Keine Unterwerfung unter Ideologien, die unser freiheitliches soziales Modell im Namen „höherer“ Ziele beseitigen wollen!

Klare Trennung von Zuwanderung und Asyl: Die etablierten Parteien haben die Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Die Unterscheidung muss wieder hergestellt werden! Die AfD fordert außerdem: Konsequente Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen, keine Versorgungsmigration und die Ausreise, nötigenfalls Abschiebung, aller Ausreisepflichtigen.

Zuwanderung muss sich an unseren Bedarfen orientieren: Wir entscheiden, wer zu uns kommen darf – und wer nicht. Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als gastfreundliches Land kennenlernen. Wer von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, muss auch Sprache und Kultur seiner neuen Heimat erwerben. Hunderttausende haben das bereits getan und sind geschätzte Bürger unseres Landes geworden.

Klima-Realismus statt Klima-Religion: Die Klima-Hysterie der letzten Jahre ist von den Medien vorsätzlich und planmäßig erzeugt worden. Tatsächlich aber ist ein kritischer Zusammenhang zwischen menschengemachtem CO₂ und dem Klimawandel wissenschaftlich nicht belegbar. Die „Klimapolitik“ der mediengetriebenen Bundesregierung ist daher reine Symbolpolitik. Sicher ist jedoch, dass ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie den Zusammenbruch der Energieversorgung und des Wirtschaftsstandorts Deutschland bedeuten würde. Wollen wir das?

Leitkultur statt Multi-Kulti-Doktrin: Multi-kulturelle Gesellschaften sind strukturell immer auch multi-konfliktuelle Gesellschaften. Leitkultur bedeutet demgegenüber, dass bei kulturell bedingten Wert- und Normkonflikten den Werten einer bestimmten Kultur der Vorrang zukommt. Diese Kultur kann in Deutschland nur die historisch gewachsene deutsche Kultur sein.



1

Starke Kommunen – das Fundament für Freiheit und Demokratie

Zentral für unsere Staatsordnung ist das Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet den Vorrang der persönlichen Verantwortung, der kleineren Einheit (Familie, Gemeinde) vor der größeren. Nur dort, wo deren Möglichkeiten nicht ausreichen, die Aufgaben der Daseinsgestaltung zu lösen, sollen höhere staatliche Institutionen eingreifen. Kleine Einheiten sind vor Bevormundung zu schützen.

Mit der in der Verfassung verankerten kommunalen Selbstverwaltung und Subsidiarität ist es jedoch in Wirklichkeit nicht weit her: Die Gemeinden und Kreise verwalten in der Hauptsache Vorgaben, die ihnen vom Land und vom Bund gemacht werden.

Wir wollen die Gemeinden, Städte und Kreise dagegen mit echtem Gestaltungsspielraum ausstatten. Sie sollen lokale Aufgaben selbst definieren und eigenverantwortlich erfüllen können. Dafür braucht es auch eine stärkere und direktere Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen. Außerdem muss ein fairer Wettbewerb der politischen Ideen gewährleistet sein. Die AfD tritt daher für mehr Bürgerentscheide und die Einrichtung von kommunalen Neutralitätsbeauftragten ein.

Wir fordern grundsätzlich:

Kommunales Steuerrecht – für eine aufgabengerechte Finanzordnung aller staatlichen Ebenen

1.1

Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD den Kommunen kommunales Steuerrecht gewähren und damit eine Konsolidierung der Haushalte ermöglichen. Dabei soll die herkömmliche Grundsteuer abgeschafft und ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der die Gegenfinanzierung durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer bzw. eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbeertragssteuer sicherstellt.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Der Erhebungsaufwand verringert sich, da die Daten bereits vorhanden sind. Die steuerliche Belastung wird ausschließlich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnet, und die Bürger werden stärker in die kommunalpolitischen Entscheidungen eingebunden.

Außerdem werden die Mieter durch niedrigere Nebenkosten entlastet. Die Änderung entspricht im Übrigen dem Verfassungsgebot einer wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle für Gemeinden nach Art. 28 Abs. 2 GG.

1.2 Mehr Bürgerentscheide, mehr direkte Demokratie

Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene sind das ideale Instrument, um die Teilhabe an den kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Sie befördern die Auseinandersetzung mit konkreten Sachfragen und stärken das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen, dem man angehört.

Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen unterscheidet Bürgerentscheide „von unten“ (infolge eines Bürgerbegehrens) und „von oben“ (Ratsbürgerentscheid infolge eines Ratsbeschlusses). Durch organisatorische Hindernisse und Themenausschlüsse werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jedoch oft behindert. Die Fraktionen der AfD in den neuen Stadträten und Kreistagen werden sich dafür einsetzen, dass deutlich mehr Entscheidungen als bisher durch Ratsbürgerentscheide auf die Bürger übertragen werden.

Damit werden auch die Voraussetzungen verbessert, auf der Bundesebene Volksentscheide nach Schweizer Vorbild einzuführen.

1.3 Einführung von kommunalen Neutralitätsbeauftragten

Um einen offenen und fairen Wettbewerb der politischen Ideen zu gewährleisten, fordert die AfD die Einführung eines – politisch unabhängigen – kommunalen Neutralitätsbeauftragten. Dabei verzichtet dieser für die Dauer seines Amtes auf politische Aktivität. Er wird nach Vorschlag der Fraktionen mit mindestens Zweidritteln der Stimmen durch das jeweilige kommunale Organ ernannt. Zu seinen Aufgaben gehört die Einhaltung der politischen Neutralität (1) in den Institutionen kommunaler Trägerschaft, (2) bei der Förderung von Vereinigungen oder Projekten aus öffentlichen Mitteln und (3) in kommunalen Veröffentlichungen oder öffentlichen Erklärungen kommunaler Amtsträger.

1.4 Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden.

Die Gemeindesteuerreform der AfD (siehe Punkt 1.1) zielt dabei auch auf die Beseitigung von haushaltsrelevanten Konstruktionsfehlern ab. So werden zum Beispiel wichtige kommunale Infrastrukturprojekte

über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist verfehlt, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und produziert ständig falsche Investitionsanreize.

Luxusprojekte und rein ideologisch getriebene Projekte (z. B. „Klimamanager“) lehnen wir grundsätzlich ab.

Die AfD wird sich für eine effiziente Verwaltung einsetzen

1.5

Das wirtschaftliche Gebaren der Kommunen gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten.

Kein Sale-and-Lease-Back von Gemeindeeigentum

1.6

Die AfD ist gegen den Einsatz von riskanten Finanzierungsmodellen. Sie lehnt daher Sale-and-Lease-Back und ähnliche Finanzierungsmodelle grundsätzlich ab. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurück geleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während die Kommunen auf lange Sicht gesehen enorme Kosten tragen müssen. Wir sind dagegen, dass folgende Generationen durch die Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt belastet werden.

Keine kommunale Amtshilfe beim Eintreiben der Rundfunkgebühren

1.7

Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist jedoch keine Behörde und kann deshalb keine Amtshilfe beanspruchen. Wir fordern daher, dass die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden.



2 Eine leistungsfähige Wirtschaft – Das Rückgrat starker Kommunen

Die AfD steht für Realpolitik statt einer ideologiegetriebenen Gestaltung der Gesellschaft. Wir anerkennen daher die grundlegende Bedeutung des Unternehmertums für ein gutes Miteinander vor Ort und in den Kommunen. Dabei muss es auch gelten, die nachrückenden Generationen mit den örtlichen und regionalen Strukturen und Bedarfen der Wirtschaft vertraut zu machen.

Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

2.1

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.

Gründerzentren und Gewerbecluster für das Handwerk schaffen

2.2

Die AfD möchte junge Menschen für eine Ausbildung zum Handwerk begeistern. Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns in Absprache mit der lokalen Kreishandwerkerschaft für die Einrichtung von Gründerzentren für junge Handwerksunternehmen ein.

Günstige Mietpreise und flexible Raum- und Werkstattmöglichkeiten (z.B. gemeinsam nutzbare Empfangs-, Büro- und Besprechungsräume, Teeküchen, Kopierräume, Telefonzentralen usw.) sollen eine neue Gründerkultur, parallel zur bereits geförderten Start-up-Szene, entfachen. Durch Ansiedlung verschiedenster Handwerke können innovative und produktive Synergieeffekte entstehen.

Verantwortungsvolle Kommunalwirtschaft und fairer Wettbewerb

2.3

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

Die öffentliche Vorsorge, wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommune sichergestellt, aber nicht zwingend von ihr selbst erbracht werden.

2.4 Wasser darf nicht privatisiert werden – Qualität der kommunalen Infrastruktur sichern

Im marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten Leistungen. Das öffentliche Gut Wasser ist jedoch als unabdingbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge eine kommunale Aufgabe. Deshalb sprechen wir uns gegen die Veräußerung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an private Investoren aus. Privatisierte Versorgungssysteme wollen wir wieder an die Kommunen zurückführen. Wir wollen den Erhaltungszustand (z. B. Verlustquote im Wassernetz und Zustand der Straßen) der kommunalen Infrastruktur offenlegen und eine langfristige Planung für die Erneuerung sicherstellen. Die Bürger haben das Recht auf Transparenz bezüglich der zukünftigen Belastungen.

2.5 Den Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch Radwege und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

2.6 Lokale Banken vor der Regelungswut der Europäischen Zentralbank schützen

Die EZB wendet ihre Regelungen für international agierende Kreditinstitute auch auf regional tätige Banken an (Sparkassen/Volksbanken), die eine ganz andere, einfach gelagerte Risikostruktur haben.

Dies ist nicht gerechtfertigt, sondern verursacht nur überflüssigen Aufwand und Kosten für diese Institute. Die AfD will die regional tätigen Geldinstitute vor der Europäischen Regelungswut schützen.

Sicherstellung der lokalen Bargeldversorgung

2.7

Zahlreiche kommunale Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch voranschreitenden Bargeldabschaffung treten wir entschieden entgegen. Die kommunalen Geldinstitute müssen verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld beizubehalten.

Wir wollen die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und entbürokratisieren

2.8

Die Landwirte versorgen die Bevölkerung mit hochwertigen Produkten, und immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Wir wollen die Vernetzung der Landwirte mit der Bevölkerung durch Bauernmärkte, Wochenmärkte und die Teilnahme an regionalen Ausstellungen fördern. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten darf es nicht geben.

Regionale Fleisch- und Wurstwaren statt industrielle Schlachtfabriken

2.9

Aufgrund der EU Hygiene- und Bürokratievorschriften schlachten viele Metzger nicht mehr selbst. Regionale Schlachthöfe schließen, und die Tiere werden zu entfernten Schlachtbetrieben transportiert. Mit Hygienevorschriften nach Maß und dem Abbau unnötiger Bürokratie wollen wir den örtlichen Metzgereien die eigene Schlachtung erleichtern. Die Kunden sollen weiterhin beim örtlichen Metzger regionale Fleisch- und Wurstwaren kaufen können, der die Tiere der heimischen Bauern schlachtet und verarbeitet.



3

Der öffentliche Raum – Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung

Nordrhein-Westfalen weist zusammen mit Sachsen-Anhalt die höchste Kriminalitätsrate unter den Flächenstaaten der Bundesrepublik auf. Clan-Kriminalität und die aus dem Ausland kommenden Geldautomaten-Sprenger sind nur zwei der typischen Kriminalitätsformen, die unser Land plagen.

Die von Soziologen vorausgesagte Maskulinisierung des öffentlichen Raums infolge der irregulären Massenzuwanderung seit 2015 ist längst eine für jedermann sichtbare Tatsache. Insbesondere abends und nachts sind viele Innenstädte zu unsicheren Zonen geworden, vor deren Betreten die Polizei oft unverhohlen warnt.

Die Inbesitznahme öffentlicher Räume durch Gruppen unbekannter Zuordnung hat zu einem Rückzug vieler Bürger von dort geführt. No-Go-Areas sind längst nicht mehr nur ein Merkmal südafrikanischer oder südamerikanischer Großstädte, sondern existieren auch in unserem Land. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller und Frauenschutzzonen sind heute selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen.

Diese Zustände müssen beendet werden! Sicherheit ist ein Grundrecht und ihre Gewährleistung eine Grundpflicht des Staates. Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Gemeinwesen auf allen Ebenen der Legislative und Exekutive. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen!

»Die Freiheit, die das Grundgesetz bietet, ist nicht den Draufgängern, den Abenteurern und den Helden vorbehalten, sondern für Bürger da, und zwar für alle Bürger, auch für die Wehrlosen, für die es keine Mutprobe werden darf, sich auf die Straße zu trauen.

Freiheit zu achten und Sicherheit herzustellen, beides ist Aufgabe des Rechtsstaats. (...) Die Grundlage dieses rechtsstaatlichen Sicherheitskonzepts ist heute brüchig geworden. Der Staat neigt dazu, private Gewalt wie überhaupt privaten Rechtsbruch in bestimmtem Umfang hinzunehmen. (...) In die Schutzlücke drängen private Sicherheitsdienste.«

Prof. Dr. Josef Isensee, Staatsrechtler, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Wir fordern:

3.1 Mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei

Seit dem Jahr 2015 haben Straftaten wie Sexualdelikte, Raub und Messerstecherei stark zugenommen, viele davon unter Beteiligung von Zuwanderern (*aufgeklärte Sexualdelikte mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer 2014=949, 2018=6046, Quelle: BKA, Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2018*).

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land hat infolgedessen stark gelitten. Der Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschlossen entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger und Bürgerinnen sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Die AfD fordert daher, das Personal im Streifendienst deutlich aufzustocken.

3.2 Für eine Sicherheitspartnerschaft von Ordnungsamt und Polizei

Einige Gemeinden in NRW haben erfolgreich eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsämtern geschaffen. Das Konzept der Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft soll ausgebaut und gestärkt werden. Dazu gehört auch eine intensivere Bestreifung durch das Ordnungsamt zur Verhinderung von Einbrüchen, Autoaufbrüchen und anderen Straftaten, auch zu den Nachtzeiten. Die AfD tritt ferner für die konsequente Nutzung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten ein.

3.3 Ein sicheres Zuhause – weniger Einbrüche durch achtsame Nachbarschaften

Achtsame Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Polizeidienststelle und deren Erscheinen vor Ort erreicht auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Die AfD-Frakturen in den Stadträten und Kreistagen werden sich für entsprechende Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung und für deren Einbindung in die Kriminalprävention einsetzen.

Mehr Schutz für öffentlich Bedienstete

3.4

Der Respekt gegenüber Staatsdienern und die Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis ist in den letzten Jahren stark gesunken. Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen besser geschützt werden. Die AfD fordert eine strenge Bestrafung der Täter.

Drogenhandel in den Innenstädten – ein Umdenken muss jetzt stattfinden

3.5

Die zahlreichen Drogenhotspots, die sich über die Jahre entwickelt haben, sind nicht hinnehmbar. Mit Prävention und Konzepten, wie dezentralen, behördlich kontrollierten Konsumräumen in enger Zusammenarbeit mit Drogenhilfe, kommunalem Ordnungsdienst und Polizei, muss das Problem endlich angegangen werden.

Enge Zusammenarbeit von Stadt, Polizei, Gerichten und Jobcentern zur Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug

3.6

Dem öffentlichen Sektor in NRW entstehen nach Angaben des Deutschen Städtetags „immense Schäden“ durch Sozialbetrug. Dabei seien der Missbrauch von Ausweispapieren und „zunehmende Probleme“ bei der Erkennung von gefälschten Identitätsdokumenten ein wachsendes Problem für viele Kommunen in NRW. Dies liege insbesondere an gestiegenen Flüchtlingszahlen und der stärkeren Zuwanderung aus südosteuropäischen Ländern.

Auch Anghörige türkisch-arabischstämmiger Großfamilien beteiligen sich nach Angaben des Landeskriminalamtes daran. Auffällig sei hier, dass der nach außen präsentierte Lebensstil nicht mit den angegebenen Einkommensverhältnissen in Einklang zu bringen sei, insbesondere aber im Widerspruch zu den bei der Beantragung von Sozialleistungen gemachten Angaben stehen. „Mit dem Ziel, im Einzelfall ein Höchstmaß staatlicher Fürsorge abzuschöpfen, dürfte die nicht immer eindeutig identifizierbare Identität dazu genutzt werden, ohne Berechtigung staatliche Transferleistungen in Anspruch zu nehmen“ (*Clankriminalität - Lagebild 2018*).

Die AfD fordert eine rigorose Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs durch eine enge Netzwerkarbeit der kommunalen Akteure. Städte und Kommunen müssen so schnell wie möglich mit Prüfgeräten zur Feststellung gefälschter Identitätspapiere ausgestattet werden!



4

Stabile Familien – Keimzellen der ganzen Gesellschaft

Die AfD wird auch in der Kommunalpolitik einen Schwerpunkt auf die Familienpolitik legen. Dabei bekennen wir uns zur traditionellen Familie und zum Zusammenhalt zwischen den Generationen als Leitbild. Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen untergräbt hingegen die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.

Unsere Städte und Dörfer bilden den unmittelbarsten Raum, in welchem sich der Alltag von Kindern und Eltern abspielt. Ihn familienfreundlich zu gestalten, sollte als eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunen verstanden werden.

Einrichtung von Familienausschüssen

4.1

Wir setzen uns dafür ein, dass ein Familienausschuss oder ein Amt für Familienpolitik gebildet wird. Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD die Einrichtung eines Familienausschusses.

Gleichstellungsbeauftragte durch Familienbeauftragte ersetzen

4.2

Familien mit Kindern sind unsere Zukunft und brauchen gerade auf kommunaler Ebene eine starke Interessenvertretung. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sollen daher durch Familienbeauftragte ersetzt werden. Sie sollen familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen und eine Familienpolitik unterstützen, die sich an den wirklichen Bedürfnissen von Familien orientiert. Kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe sollen systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden.

Freie Fahrt für Kinder im öffentlichen Nahverkehr

4.3

Die AfD will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport fördern sowie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir fordern daher, Schüler von den Fahrkosten im öffentlichen Nahverkehr ihrer Kommune freizustellen.

- 4.4 Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Kommunen Kinder willkommen heißen**
Als Zeichen der Wertschätzung, aber auch zur konkreten Unterstützung junger Eltern, fordern wir die Kommunen auf, nach Geburt eines Kindes Kontakt zu den Eltern aufzunehmen. Die Eltern erhalten eine Übersichtsmappe mit Informationen zu allen Familienangeboten in der Kommune und ausgewählte Broschüren rund um die erste Zeit mit dem Kind.
- 4.5 Kostenfreie Kitas für Kinder ab 3 Jahren**
Für Kinder ab einem Lebensalter von drei Jahren ist der Besuch einer Kita für das Zusammenkommen mit anderen Kindern, den Erwerb von Sozialkompetenzen und die Vorbereitung auf die Schule vorteilhaft. Um Eltern finanziell zu entlasten, fordern wir, Kitas für Kinder ab 3 Jahren mit einer Betreuungszeit von bis zu 25 Stunden kostenfrei anzubieten. Die einkommensabhängigen Elternbeiträge sollen vollständig abgeschafft werden.
- 4.6 U3-Betreuung an die Bedürfnisse unserer Kleinkinder anpassen**
Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch ihre eigenen Eltern betreut werden. Ist eine Fremdbetreuung notwendig oder erwünscht, sollte auf das Bedürfnis unserer Kleinsten nach einer kontinuierlichen Betreuungsperson Rücksicht genommen werden. Dies ist bei Tagesmüttern und Kinderfrauen eher gegeben als in staatlichen Krippen, in denen sowohl die Betreuungsschlüssel als auch die Personalfluktuation zu hoch sind. Wir fordern die Kommunen daher auf, ihr Angebot an individuellen Fremdbetreuungen auszubauen. Weiterhin sollten junge Eltern über die Bedeutung der frühkindlichen Bindung aufgeklärt werden. In den Krippen ist die leistungsgerechte Bezahlung des Personals durch die Kommunen zu sichern und die Weiterbildung zu fördern.
- 4.7 Flexible Ganztagsbetreuung für mehr gemeinsame Zeit mit den Kindern**
Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

- Wohnortnahe Kita-Platz-Vergabe an Berufstätige 4.8**
Um berufstätigen Eltern die Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern, werden wir uns dafür einsetzen, dass freie Plätze in öffentlich geförderten Kitas wohnortnah und prioritär an berufstätige Eltern vergeben werden. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben darf nicht monate- oder gar jahrelang behindert werden, weil keine Kitaplätze in zumutbarer Entfernung verfügbar sind oder diese an Kinder nicht berufstätiger Eltern vergeben wurden.
- Kommunale Arbeitgeber als Vorreiter der Vereinbarkeit von Beruf und Familie 4.9**
In vielen kommunalen Verwaltungen, Trägerschaften und Eigenbetrieben gibt es bereits die technologische Infrastruktur, um die Arbeitswelt mobiler und familienfreundlicher zu gestalten. Die AfD begrüßt eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen wie Tele-Arbeit, Home-Office und Gleitzeit zugunsten berufstätiger Eltern und Alleinerziehender. Wir wollen darauf hinwirken, dass auch in der Privatwirtschaft eine flächendeckende Abkehr von starren Arbeitsprozessen stattfindet.
- Arbeitsbedingungen von Angestellten in kommunalen Krankenhäusern verbessern 4.10**
Jeder Bürger weiß, wie wichtig der Gesundheitsbereich für unser tägliches Leben ist. Die AfD fordert deshalb, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.
- Ausbau des Angebots an Teilzeitausbildungen für junge Mütter und Väter 4.11**
Insbesondere der Personenkreis der Alleinerziehenden bedarf oft schon bei der Heranführung an den Ausbildungsmarkt intensiver Unterstützung, damit familiäre Verpflichtungen mit einem erfolgreichen Berufsabschluss einhergehen können. Die AfD ruft deswegen kommunale Verwaltungen und Behörden auf, eine Vorbildfunktion für private Arbeitgeber beim Angebot an Teilzeitausbildungen für junge Erziehende einzunehmen.



5

Schule und Bildung – unseren Kindern die Zukunft erschließen

Das Menschenbild der AfD gründet sich auf abendländisch-humanistische Werte und stellt für den Bildungsbereich den Begriff der Chancengerechtigkeit ins Zentrum. Das Ziel der Bildungsprozesse ist die im Leben selbständig handlungsfähige Persönlichkeit. Sie bewährt sich im Wechselverhältnis von Freiheit und persönlicher Verantwortung.

Moderne Gesellschaften sind komplexe soziale Systeme. Nur ein ausdifferenziertes Schulsystem kann jeden Schüler gemäß seiner Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördern und die nachrückenden Generationen in ihrer Gesamtheit auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Keinesfalls dürfen unsere Schulen zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD sieht diesen Grundwert als gefährdet an und setzt sich für Maßnahmen zur Einhaltung des Neutralitätsgebotes an Schulen ein.

Wir fordern:

Die Qualität des Regelunterrichts muss wieder verbessert werden

5.1

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, in ausreichendem Maß spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu bilden.

Schulische Vielfalt bedeutet den Erhalt aller Schultypen

5.2

Nur ein gegliedertes Schulsystem kann auch Schülern mit Förderbedarf optimale Bildungschancen bieten. Der Fortbestand der Förderschulen muss daher strukturell gesichert werden.

In vielen Städten Nordrhein-Westfalens sind die Förderschulen zudem hochgradig ausgelastet und stoßen angesichts stetig steigender Schülerzahlen an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Haupt- und Realschulen lehnen wir ab.

5.3 JA zur offenen Ganztagschule – NEIN zur verpflichtenden Ganztagschule

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung darstellen. Ein solches Angebot darf jedoch nicht für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein.

5.4 Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsportes sein. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

5.5 Die Digitalisierung der Schulen muss gefördert und ihre technische Ausstattung verbessert werden

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur muss durch den Schulträger gewährleistet werden.

Die Digitalisierung darf aber nicht zu einer Verdrängung und Abwertung bewährter Lehrmittel, wie Buch und Tafel, führen. Digitale und nicht-digitale Medien schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich.

5.6 Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an den Schulen eindämmen

Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite.

Vielfältige soziale Probleme und unregelmäßige Migration verschärfen diese Entwicklung. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordert die AfD einen systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit.

Eingreifen des kommunalen Neutralitätsbeauftragten an den Schulen 5.7

Zunehmend werden Fälle von Verstößen gegen das politische und weltanschauliche Neutralitätsgebot an Schulen bekannt: Politische Bildung wird einseitig mit dem Kampf gegen Andersdenkende gleichgesetzt. Konflikte, die im Zusammenhang mit kulturellen und religiösen Unterschieden in der Schülerschaft stehen, werden dagegen ausgeblendet.

Die AfD fordert daher ein Tätigwerden des kommunalen Neutralitätsbeauftragten auch in den Schulen (siehe Punkt 1.3).

Keine Einschränkung der Speisepläne an öffentlichen Schulen 5.8

An vielen Schulen in NRW wird das Schulessen durch religiös begründete Verbote allgemein eingeschränkt, z. B. durch den Ausschluss von Schweinefleisch. Die AfD betrachtet dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich deutsche Schulen in keiner Weise fremden Speisegesetzen unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss uneingeschränkt erhalten bleiben.





6

Wohnen und Leben in Stadt und Land

Lebensqualität bemisst sich am Alltagsgeschehen. Gesicherte Versorgung, eine saubere Umgebung, angenehme soziale Kontakte und eine sinnvolle Freizeitgestaltung tragen wesentlich zu einer guten Lebensqualität bei.

Wichtigster Ort des Alltagslebens ist für die meisten Menschen die eigene Wohnung. Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht.

Es ist ein alarmierendes Zeichen, dass heute ausgerechnet das Grundrecht auf Wohnen für viele Menschen mit schweren Belastungen verbunden ist. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind die Übernahme großer Wohnungsbestände durch transnationale, renditeorientierte Investoren, die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus und die irreguläre Massenzuwanderung von Personen, die gleichwohl nach deutschem und europäischem Asylrecht versorgungsberechtigt sind.

Schluss mit Vermüllung und Vandalismus

Den meisten Menschen ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Oft wird jedoch das Erscheinungsbild von ganzen Wohnvierteln durch Vermüllung und Vandalismus beeinträchtigt. Solches Fehlverhalten wird meist nicht verfolgt, während es erhebliche Kosten verursacht (die Stadt Köln etwa gibt jährlich 7 Mio. Euro allein für die Beseitigung illegal abgeladenen Mülls aus). Hinzu kommt das achtlose Wegwerfen z. B. von Kippen, Kaugummis und anderen Gegenständen, die die öffentlichen Wege verschmutzen und die Kosten für die Straßenreinigung erhöhen. Auch Graffiti stören oft das Auge an öffentlichen Plätzen und verunstalten ganze Fassadenzüge.

6.1

Die AfD wird dieser Verwahrlosung entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schmierereien, die illegale Anbringung von Aufklebern und Plakaten, die mutwillige Verschmutzung des öffentlichen Raumes und die Zerstörung von Gemeinschaftseigentum wirksam bekämpft werden. In Härtefällen werden wir Haus- und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung solcher Beschädigungen an ihrem Eigentum unterstützen.

Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass Künstler vermehrt Gelegenheit erhalten, öffentliche Räume ansprechend zu gestalten.

6.2 Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger

Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit niedrigem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens entrichten müssen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird und bevorzugt hierbei die Förderung von Genossenschaften.

6.3 Mehrgenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt

Die AfD setzt sich zum Ziel, auf kommunaler Ebene durch bezahlbaren Wohnraum junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies setzt der Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlaubt es rüstigen Menschen, durch Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben sich weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft zu erfahren. Ein weiterer Aspekt ist die Förderung des Respekts vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung, der jungen Menschen mit auf den Weg gegeben wird.

6.4 Gemeinschaftswohnheime für Auszubildende und Studenten

NRW hat die höchste Universitäts- und Hochschulichte weltweit. Gleichzeitig befinden sich im Land knapp 300.000 junge Menschen in einer dualen Ausbildung. Beide Gruppen leiden aber gleichermaßen unter den steigenden Mietpreisen und der Wohnraumverknappung infolge einer verfehlten Wohnungspolitik. Während an den Universitätsstandorten die Wohnheimplätze notorisch zu wenige sind, ist ein entsprechendes Angebot für Auszubildende überhaupt nicht existent.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Alltagssituation für die Berufstätigen von morgen zu verbessern. Dazu gehören kurze Wege von der Wohnung zum Ausbildungsplatz und die Möglichkeit, erste Erfahrungen im eigenen Haushalt zu machen, soziale Kontakte zu knüpfen und Verantwortung für sich selbst zu übernehmen.

Die räumliche Trennung von Auszubildenden und Studenten betrachten wir jedoch als eine überholte soziale Praxis. Beide Gruppen sollten vielmehr in der Freizeit einander begegnen und Einblicke in die Welt der jeweils anderen gewinnen können. Die AfD tritt deshalb dafür ein, geeignete Grundstücke zu erschließen und den Bau von Gemeinschaftswohnheimen für Auszubildende und Studenten zu fördern.

Bürokratie im Bauwesen reduzieren

Ständig neue Vorschriften und Gesetze und die Übertragung vieler Ausführungsaufgaben über Internet-Portalean die Bürger bedeuten Alltagsstress und ein komplexes Selbstmanagement.

Das betrifft auch die Genehmigung von Bauvorhaben. Viele Vorhaben werden durch ein Gestrüpp von Verfahrensvorschriften unnötig verzögert und verteuert. Bauämter dürfen sich aber nicht zu Bauverhinderungsbehörden entwickeln. Private Initiative im Baubereich muss gefördert, nicht behindert werden!

Die AfD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass Genehmigungsprozesse optimiert und die Bauvorschriften auf das notwendige Maß reduziert werden. Bauen muss wieder einfacher und preisgünstiger werden!

Mit altersgerechten Wohnkonzepten den Pflegenotstand lindern

In wenigen Jahren schlägt die demographische Falle doppelt zu. Immer mehr pflegebedürftigen Menschen stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb, das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern.

Nutzung leerstehender Flüchtlingscontainer

In zahlreichen Kommunen stehen Hunderte von Wohncontainer leer, die im Zuge der Migrationskrise aufgestellt wurden. Die meisten Asylberechtigten und Geduldeten aus dieser Zeit sind inzwischen in den regulären Wohnungsmarkt übergegangen. Somit bietet sich in den leerstehenden, vollfunktionsfähigen Containern eine dauerhafte Unterbringungsmöglichkeit für Obdachlose und temporär wohnungslose Mitmenschen an.

Frauenhäuser ausreichend finanzieren

Infolge der Migrationskrise seit 2015 ist der Anteil an Ausländerinnen und Frauen mit Migrationshintergrund in den Frauenhäusern noch einmal gestiegen und beträgt vielerorts weit über 50 Prozent. Viele der Einrichtungen sind überfüllt oder können keine Hilfe geben. Die Mittel für die öffentliche Finanzierung von Frauenhäusern müssen daher aufgestockt werden, um den Schutz von misshandelten oder von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen zu gewährleisten.

6.5

6.6

6.7

6.8

EHRENAMT

6.9 Das Ehrenamt im Sportbereich stärken

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Die AfD tritt daher für mehr Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

Nur gut ausgebildete Trainer können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Wir fordern, dass Ausbildungs- oder Trainerlizenzkosten für Personen, die ehrenamtlich ihre Freizeit in Sporteinrichtungen investieren, von öffentlichen Trägern oder Vereinen übernommen und Aufwandsentschädigungen in angemessener Höhe gezahlt werden.

6.10 Bildungspakt Jung und Alt

Die AfD setzt sich für einen stärkeren Zusammenhalt zwischen den Generationen ein. Auszubildenden und Studenten, die sich ehrenamtlich in Einrichtungen für Senioren und Pflegebedürftige engagieren, soll im Rahmen eines „Bildungspaktes Jung und Alt“ ein zinsfreies Darlehen ermöglicht werden. Hierfür sollen Städte und Gemeinden zusammen mit Industrie- und Handelskammern, Stiftungen, Verbänden und Unternehmen Wege finden, einen Fonds einzurichten. Das Darlehen soll monatlich und angepasst an ein Haupteinkommen ausbezahlt werden. Es darf den Gesamtbetrag von 5.000 Euro nicht übersteigen. Das ehrenamtliche Engagement muss wöchentlich mindestens vier Stunden betragen. Hierfür stellt die betreffende Institution eine Bescheinigung aus, die beim Fondsverwalter digital eingereicht wird. Bei Beendigung des Ehrenamtes endet auch die Auszahlung. Die Konditionen der Rückzahlung des Darlehens bestimmt die Kommune.

MOBILITÄT

6.11 Öffentlicher Nahverkehr: Tarife vereinfachen und Fahrpreise senken

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer fordern wir eine Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen sowie eine spürbare Senkung der Fahrpreise.

Erhalt der individuellen Mobilität

6.12

Für zugelassene Kraftfahrzeuge muss es Bestandsschutz geben. Die AfD lehnt Fahrverbote für Diesel ab und stellt sich gegen eine Zwangsenteignung von Autobesitzern. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren! Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind im Übrigen widersinnig, weil sie meist nur eine weitere Umfahrung und damit eine insgesamt höhere Umwelt- und Gesundheitsbelastung zur Folge haben.

Wir setzen uns für Strukturmaßnahmen im Bereich Radverkehr ein

6.13

Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, werden wir folgende Maßnahmen unterstützen:

(a) Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen, z. B. Boxen oder eingezäunte Bereiche mit Zugangscodes, (b) Ausbau und Instandhaltung des Fahrradwegenetzes, (c) Bau von Radschnellwegen.

Wir wollen die Innenstädte wieder attraktiver machen

6.14

Der AfD ist die Bedeutung attraktiver und lebendiger Innenstädte nachdrücklich bewusst. Wir setzen uns daher für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenstädten ein und stehen den lokalen Händlern zur Seite. Dazu gehören auch ausreichende und günstige Parkplätze. Der Individualverkehr in den Städten darf nicht weiter eingeschränkt werden!

Keine übereilte Anschaffung von teuren Elektrobussen im ÖPNV

6.15

Auf E-Mobilität mit Elektrobussen soll im ÖPNV solange verzichtet werden, bis diese Fahrzeuge bezüglich Ökologie, Kosten und Zuverlässigkeit wettbewerbsfähig zu Bussen mit den modernsten Verbrennungsmotoren sind. Die eingesparten Finanzmittel sehen wir bei der Neuanschaffung modernster, sauberer Busse mit Verbrennungsmotoren als sinnvoller eingesetzt an.

SPORT

Die AfD fördert den Sport in allen gesellschaftlichen Bereichen

6.16

Sport fördert den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Sport ist auch ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD ist die Förderung des Behinderten- und Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport.

6.17 Erhalt und Ausbau von Sportstätten für Schul-, Vereins- und Breitensport
Sowohl für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange Verfall dieser Infrastruktur in den Kommunen und Vereinen aufzuhalten und der Sanierungsstau vor allem bei Schulsportstätten und Schwimmhallen, zu beenden. Die Mittel für die Sanierung von Schulsportstätten sollten dazu unbürokratisch abrufbar sein.

GESUNDHEIT

6.18 Die AfD will die regionale Gesundheitsversorgung erhalten
Jede vierte Klinik in NRW ist von der Schließung bedroht. Die jahrelange staatliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser bedroht daher die wohnortnahe Gesundheitsversorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten. Mit den Krankenhäusern verschwinden auch die Notfallambulanzen.

Die AfD fordert eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung durch alle beteiligten Partner. Die Gesundheitsversorgung muss auch nach dem objektiven Bedarf und nicht nur nach Kosten-Nutzen-Aspekten erfolgen. Geburtshilfe- und Kinderstationen müssen auch bei temporär geringer Auslastung vorgehalten werden.

KULTUR

6.19 Die AfD unterstützt die Förderung von städtischen Musikschulen
Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen.

Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offen steht.

6.20 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur
Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur

und müssen erhalten bleiben. Einer Umbenennung des Sankt-Martins-Umzugs in „Lichterfest“ treten wir entschieden entgegen!
Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

Erhalt historischer Bausubstanz

6.21

Den Bürgern ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Zunehmend wird jedoch alte Bausubstanz durch architektonisch einförmige, energie- und wohnraumeffizientere Gebäude ersetzt – besonders dann, wenn ortsferne Investoren beteiligt sind.

Dies zerstört vielfach das individuelle und gewachsene Stadtbild zu Gunsten einer „internationalen“, renditeoptimierten Bebauung. Grünflächen entfallen und die Orte werden stark innenraumverdichtet. Das führt neuerdings auch dazu, dass gesamte Grundstücke mit Gebäuden und Parkflächen versiegelt werden. Die AfD wird sich für den Erhalt gewachsener Stadtbilder einsetzen, in denen sich die Bürger wohlfühlen und mit denen sie sich identifizieren können.

Ausbau öffentlicher Büchereien als Stätten der Bildung fördern

6.22

Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte von Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren und ihre Räume für vielfältige kulturelle Zwecke öffnen.

Ein gut gestalteter Online-Katalog, der Online-Versand von Büchern und die Kooperation mit Schulen erschließen ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.

Sportförderung darf nicht den Kostensenkungsmaßnahmen in den Gemeinden zum Opfer fallen

6.23

Vor dem Hintergrund steigenden Kostendrucks schleichen sich immer mehr Städte und Gemeinden aus der finanziellen Verantwortung für Sportstätten heraus, indem sie deren Verwaltung und Instandhaltung auf Vereine übertragen. Die Verantwortung trifft dann die Ehrenamtler. Da hierdurch die kommunalen Haushalte entlastet werden, sind die Vereine dafür anderweitig zu entschädigen oder zu unterstützen.



7a

Integration – Deutschland als Heimat erkennen

Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit dem größten Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund. Integration gehört daher zu den größten und schwierigsten sozialpolitischen Herausforderungen bei uns. Integration wäre gelungen, wenn deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund (1) sich als Deutsche empfinden und verstehen, (2) gut Deutsch sprechen, (3) sich zur deutschen Verfassungsordnung bekennen und (4) die Herkunftskultur der Eltern oder Großeltern als Zusatz begreifen, der an die deutsche Identität anschließt.

Die Integrationskonzepte der bisherigen Landesregierungen sind allesamt gescheitert. Sie sind soziologisch uninformiert und beruhen auf wirklichkeitsfremden Vorstellungen über das Gruppenverhalten des Menschen. Die unvermeidlichen Folgen sind eine ethnische Segregation in den Städten, Parallelgesellschaften, Clanstrukturen und eine offene Desintegration des sozialen Raumes.

Wir empfehlen:

Echte Integration statt Parallelstruktur: Integrationsausschüsse statt Integrationsräte

7.1

Zu den gescheiterten Integrationskonzepten in NRW gehören die 1994 eingeführten Ausländerbeiräte (2009 umbenannt in Integrationsräte). Sie sind fehlerhaft, weil sie die Verschiedenheit der einzelnen Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung betonen und so ihre Abgrenzung befördern. Sie sind undemokratisch, weil deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund gar kein Wahlrecht haben. Integrationspolitisch können sie keinerlei Erfolge vorweisen und erreichen nicht einmal ihre eigene Zielgruppe, denn die Beteiligung an den Integrationsratswahlen ist verschwindend gering (zuletzt 11 bzw. 14 Prozent der Wahlberechtigten). Die Integrationsräte sind daher auch in keiner Weise repräsentativ – während die Selbstsegregation nach ethnischen Merkmalen im Land fortschreitet.

Die AfD-Fraktionen in den neuen Stadträten und Kreistagen werden deshalb überall für die Einrichtung von Integrationsausschüssen statt Integrationsräten eintreten. Damit stellt der Rat gemäß Gemeindeordnung den Ausschussvorsitz, und der Ausschuss ist in die Beratungsfolge einbezogen. Die Richtlinien für die Integrationsausschüsse sind im Übrigen so zu gestalten, dass immer auch nach dem Beitrag der Migranten zur Integration (Bringschuld) gefragt wird.

7.2 Keine illegitimen Auslandsschulen

Die AfD wendet sich strikt gegen die Gründung von Auslandsschulen anderer Staaten in unseren Kommunen, in denen Ideologien verbreitet werden, die mit dem Wertekanon des deutschen Grundgesetzes nicht vereinbar sind.

7.3 Keine kommunale Förderung von verfassungsfeindlichen Religionsvereinen und -gemeinden

Kommunale Steuergelder für religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minarette oder Kali-Schreine, sind nicht zu bewilligen und baurechtliche Sondergenehmigungen dafür zu verweigern. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich zu überprüfen, inwieweit sie das Stadtbild stören könnten.

Die Unterstützung von verfassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD ab. Der Genehmigung lautsprecherverstärkter öffentlicher Gebetsrufe in unseren Städten und Gemeinden werden wir mit allen rechtlich zulässigen Mitteln entgegenreten.

**Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Art 16a**

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. (...) In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.



7b

**Asyl – dem
Recht Geltung
verschaffen**

Die AfD bekennt sich mit voller Überzeugung zum Recht auf Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Sie kritisiert jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte Einwanderung umfunktioniert worden ist.

Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen und tritt auf allen politischen Ebenen, auch auf der Ebene der Kommunen, für Korrekturen dieser Fehler und gegen einen weiteren Funktionswandel des Asylrechts ein.

Wir fordern:

7.4 Abschiebeinitiative 2020 starten – „Spurwechsel“ stoppen

Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer durch kommunale Ausländerbehörden und wendet sich gegen Bestrebungen, zahlreiche der im Prinzip ausreisepflichtigen Ausländer per „Spurwechsel“ mit einer bleiberechtlchen „Amnestie“ auszustatten.

Die verbreitete Abschiebeverweigerung durch Ausländerbehörden ist zu beenden. Der Vollzug der Ausreisepflicht von Ausländern ohne Bleiberecht ist unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten konsequent umzusetzen, Kettenduldungen müssen beendet werden. Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zentral unterzubringen und gemäß Asylbewerberleistungsgesetz mit Sachleistungen statt Geldleistungen zu versorgen. Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die die Migranten auf ihre Rückkehr vorbereiten.

Unabhängig von diesen Maßnahmen verfolgt die AfD das Ziel, die Zuständigkeit für Rückführungen vollständig an das Land zu übertragen.

7.5 Sichere Heimat statt sichere Häfen

Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration nordrhein-westfälischer Städte und Kommunen zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Und die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach NRW zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden. Da nach Zuerkennung eines Schutzstatus Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden, hätten im Ergebnis der Bund und somit alle Bürger unseres Landes für die finanziellen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgekosten solcher Alleingänge auf kommunaler Ebene zu bezahlen.

Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

Keine Gesundheitskarte für Asylbewerber als freiwillige Leistung

NRW hat 2017 als erstes Flächenland eine Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt. Die Gemeinden entscheiden per Ratsbeschluss, ob sie an der Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen teilnehmen wollen. Die Gesundheitskarten bringen jedoch keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern deutlich. Deshalb muss zum Verfahren der Behandlungsbewilligung zurückgekehrt werden. Die Kommunen können dies durch Kündigung ihres Beitritts erreichen.

Die Alternative für Deutschland ist eine wertkonservative politische Partei. Wir vereinigen die Interessen von Umweltschutz, Landwirtschaft, Tierschutz, Ernährung und Verbraucherschutz auf Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ideologien, gleich welcher Art, lehnen wir ab. Umwelt- und Energiepolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam und abgestimmt zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen.

Kein weiterer Zubau von Windenergieanlagen

8.1

Strom aus Windenergie ist ein mangelhaftes Produkt, da er nicht grundlastfähig ist und keine Versorgungssicherheit besitzt. Das Kernproblem der Windenergie besteht im Fehlen eines Energiespeicherkonzeptes. Die Windkraftanlagen und der Aufbau von Stromautobahnen führen vielmehr zu neuen Umweltbelastungen, für die perspektivisch keine Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Ausbau der Windenergie ist zugleich für die hohen Strompreise verantwortlich. Vor allem Familien werden dadurch stark belastet. Hinzu kommt die Gefährdung von Vögel, Fledermäuse und Insekten durch die Rotorblätter.

Mangels eines ausgereiften technischen Konzeptes und wegen der abträglichen sozialen und ökologischen Folgen lehnt die AfD den weiteren Zubau von Windenergieanlagen ab.

Kein weiterer Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften.

8.2

Die AfD spricht sich gegen weitere Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften aus, denn der Steuerzahler muss die hohen Kosten der Installation tragen. Die Anlagen erzeugen Zufallsstrom, der mit Steuergeldern finanziert wird. Wegen der massiven Subventionierung (und gleichzeitigen Besteuerung!) sind die deutschen Stromkosten heute die höchsten in Europa. Zudem gibt es kaum positive Effekte auf die Umwelt, da jede Photovoltaikanlage durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden muss.



Kommunale Umwelt- und Energiepolitik – eine neue Partnerschaft

8.3 Ressourcen schonen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Diese Baumaßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sich die Investitionskosten unter realistischen Annahmen und ohne staatliche Subventionen zur Wirtschaftlichkeit innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.

8.4 Wald als Lebensraum und Wirtschaftsfaktor

Die AfD setzt sich für eine ganzheitliche Betrachtung des Forstes in seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen ein. In waldreichen Gebieten Nordrhein-Westfalens ist Holz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Zerstörung von Waldlandschaften durch Windparks lehnen wir ab. Wir lehnen selbsternannte Umweltschutzorganisationen ab, die versuchen, den Forst als machtpolitisches Instrument zu missbrauchen. Wir befürworten einen Umbau kommunaler Wald-Monokulturen aus Fichten oder Kiefern in Mischwälder, die zu einem wesentlichen Teil aus heimischen Laubbäumen oder Tannen bestehen sollen.

8.5 Bäuerliche Familienbetriebe stärken

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind Versorger, aber sie gestalten und bewahren zugleich auch unsere Natur- und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen muss umweltverträglich sowie werterhaltend sein, denn es gilt, auch künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern. Die AfD ist für eine Verpachtung der gemeindeeigenen Äcker und Wiesen an die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vorgabe der Bewirtschaftungsform (ökologisch oder konventionell).

8.6 Die kommunalen Baumschutzverordnungen sollen abgeschafft werden

Die Baumschutzverordnungen erhöhen die Baum-Unterhaltskosten der Eigentümer. Pseudo-Naturschutz und Bevormundung von Baumeigentümern wollen wir beenden. Dass Baumschutzverordnungen nicht notwendig sind, zeigen all jene Gemeinden, die auch ohne zusätzliche Regulierung einen hohen Baumbestand vorweisen können. Wir wollen die kommunalen Baumschutzverordnungen daher abschaffen bzw. keine weiteren erlassen.

Impressum

AfD-Landesverband NRW

Herausgeber:

AfD-Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Mail: geschaeftsstelle@afd.nrw

Tel.: 02 11 – 54 55 895 -0

Internet: www.afd.nrw

V.i.S.d.P.:

Rüdiger Lucassen

Druckauflage:

1 10.000 (Mai 2020)

Bildnachweise:

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum des AfD-Landesverbands NRW. Alle Rechte vorbehalten.

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Rechtliche Hinweise

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.

